

Karl Dietrich Bracher – ein Klassiker der Zeitgeschichtsforschung

Podiumsdiskussion anlässlich seines Ausscheidens aus dem Herausgeberkreis der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drei Jahrzehnte lang, seit 1978, hat Karl Dietrich Bracher, der Nestor der deutschen Zeitgeschichtsforschung, dem Herausgeberkreis der Vierteljahrshefte angehört. Sein Ausscheiden nahm das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) am 23. Oktober 2007 zum Anlass, die Verdienste des Bonner Emeritus um die Zeitschrift und das IfZ in München zu würdigen und die wissenschaftliche Wirkungsgeschichte Karl Dietrich Brachers, vor allem auch seines Pionierwerkes über „Die Auflösung der Weimarer Republik“, aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Den Rahmen hierzu bot eine Podiumsveranstaltung, bei der Eberhard Kolb, Gerhard A. Ritter und Manfred Kittel referierten.

Der Direktor des IfZ Horst Möller, der die Diskussion moderierte, betonte eingangs, wie stark Bracher die Vierteljahrshefte seit 1978 zusammen mit Hans-Peter Schwarz geprägt habe und wie „freundschaftlich, tatkräftig, mitdenkend und mitarbeitend“ er dem IfZ als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats (seit 1962) und als dessen Vorsitzender zwischen 1980 und 1988 verbunden gewesen sei. Er freue sich, dass Bracher dem Institut auch künftig als Ehrenmitglied des Beirats erhalten bleibe. Seine Einführung in das Werk des gelehrten Althistorikers Bracher und dessen Weg zur Zeitgeschichte eröffnete Möller wie folgt: „Wirklich bedeutende Bücher sind fast immer auch nach Jahrzehnten noch lesenswert. Davon gibt es ganz wenige. Solche Bücher hat Karl Dietrich Bracher geschrieben, und gleich mehrere.“ Bracher sei ein „ganz singulärer Historiker“, nicht nur „einer der führenden“, sondern in der Zeitgeschichte über Jahrzehnte „der führende“ Wissenschaftler. Wie alle großen und bedeutenden Bücher sei auch Brachers Studie über „Die Auflösung der Weimarer Republik“ nicht gleich auf einhellige Zustimmung gestoßen.

Nicht nur Möller machte deutlich, wie wichtig Brachers Buch für seinen persönlichen Zugang zum Thema Weimar war; alle drei Referenten, wiewohl unterschiedlichen Generationen angehörend, bestätigten dies mit Blick auf ihren eigenen wissenschaftlichen Werdegang. Gerhard A. Ritter erzählte von seinem persönlichen Exemplar der „Auflösung“, das ihm sein akademischer Lehrer Hans Herzfeld beim Erscheinen einer Neuauflage geschenkt habe und das dessen aufschlussreiche Randbemerkungen enthalte, etwa die Charakterisierung „sehr radikal“ bei Brachers Aussage, die europäische Entwicklung Deutschlands sei mit dem Scheitern der Revolution 1848/49 abgebrochen, oder ein „Fresko, aber vom Standpunkt des Verfassers konsequent“ zu der These, der „unbedingte Vorrang der Außenpolitik und die rücksichtslose Ausnutzung der patriotischen Psychologie unter und durch Bismarck“ habe schwerwiegende Folgen für die innenpolitische Entwicklung gehabt. Zu den wesentlichen Gründen, weshalb ihn Brachers Studie so „tief beeindruckt“ habe, rechnete es Ritter – als Angehöriger des Jahrgangs 1929 sieben Jahre

jünger als Bracher –, dass dessen Werk eine „überzeugende Antwort“ auf die für seine Generation nach 1945 entscheidende Frage gegeben habe: Wie sei es zu verhindern, „dass auch die zweite deutsche Demokratie scheitern würde“, und was man aus dem Scheitern Weimars „für die Zukunft lernen“ könne.

Die Freie Universität Berlin, an der Brachers „Auflösung“ entstand, schilderte Ritter als „eine der Keimzellen einer neuen Politikwissenschaft“, für die ihre enge Verbindung mit der Geschichtswissenschaft kennzeichnend gewesen sei. Im Vorwort des von Bracher und Ernst Fraenkel herausgegebenen, schon 1980 in mehr als 400 000 Exemplaren verkauften Fischer-Lexikons über „Staat und Politik“ sei diese Verbindung deutlich herausgestellt worden. Die Geschichte, so heißt es dort, stelle „die Grundwissenschaft der Politikwissenschaft“ dar; alle politikwissenschaftlichen Begriffe seien „historisch gesättigte Begriffe“. In Artikeln u. a. über Faschismus, Diktatur, Nationalsozialismus und Totalitarismus habe Bracher bereits zentrale Grundkonzeptionen seines historisch-politischen Denkens niedergelegt, die er später in zahlreichen großen Werken vertieft habe. Die Aufgabe eines „aufgeklärten, liberalen und reformkonservativen Denkens und politischen Handelns“, so Ritter, habe Bracher darin gesehen, den schmalen Weg zu finden zwischen einem „kulturanthropologischen Pessimismus“, der Auffassung einer „nur durch starke, autoritäre Ordnungen vor dem Chaos zu schützenden Gesellschaft“ und einem „messianisch-chileastischen Sendungs- und Perfektionswahn“, dem jedes Mittel zur Verwirklichung des Ziels der Schaffung eines „neuen Menschen“ und eines Paradieses auf Erden recht sei.

Da ihn „immer interessiert“ habe, wie „aus dem Althistoriker Bracher ein Zeithistoriker wurde“, ging Ritter auch auf Brachers Dissertation über „Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit“ ein. Das klassische Beispiel habe Bracher offensichtlich geholfen, „die eigenen zeitgeschichtlichen Erfahrungen zu verdeutlichen“. Bemerkenswert sei aber auch die „Großzügigkeit der Amerikaner“ gewesen, die es dem im März 1943, am Ende des Afrikafeldzuges, in Kriegsgefangenschaft geratenen Bracher ermöglichten, in einer von den Gefangenen geschaffenen Lageruniversität im Mittleren Westen, unterstützt von der Universität Kansas, faktisch die ersten Semester eines Studiums zu absolvieren. So konnte Bracher nach dem Ende des Krieges und der Heimkehr aus der Gefangenschaft schon nach fünf Semestern bei Joseph Vogt in Tübingen promovieren.

Eberhard Kolb konzentrierte sich in seinem Vortrag auf „Die Auflösung der Weimarer Republik“. Er erinnerte daran, dass der Verfasser selbst 1987 in einer „Werkbesichtigung“ davon gesprochen habe, als wie fremdartig, „unhistorisch“, gar „amerikanisch“ seine Weimar-Studie Mitte der 1950er Jahre empfunden worden sei. Dabei habe Bracher den Namen des Hauptkritikers, Werner Conze, dezent verschwiegen. Conze hatte ihm 1957 in der *Historischen Zeitschrift* (HZ) fragwürdige Methoden und eine „von Befangenheit nicht freie politische Begriffsbildung“ vorgeworfen, die sich bis in die Einzelheiten der Darstellung hinein auswirke. Wie sehr sich Conze der Methodenkritik als eines bloßen Instruments bediente, um Bracher – aus tatsächlich ganz anderen Motiven – inhaltlich „auszuhebeln“, wusste Kolb darzutun, indem er den Blick auf die forschungsgeschichtlichen Hintergründe der Bracher/Conze-Kontroverse richtete:

Bevor Brachers Studie 1955 erschien, galt nämlich Conze als der Experte für die Geschichte der Weimar Republik. Zu Rassows Handbuch der deutschen Geschichte hatte er 1953 den Abschnitt über Weimar beige-steuert; 1954 hatte er in einem HZ-Aufsatz über „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“ eine positive Bewertung der Brüning'schen Präsidialregierungen vorgenommen – zu der sich Bracher „in diametralen Gegensatz“ setzte. Gravierender noch war aber wohl, dass Conzes HZ-Aufsatz im Zusammenhang mit seinem Projekt einer großen Geschichte der Weimarer Republik stand, mit der Conze „die Deutungshoheit über diese Epoche der deutschen Geschichte übernehmen wollte. Und nun kam ihm Bracher mit seinem magistralen Werk in die Quere“. Die Deutung der Endphase der Weimarer Republik, die Bracher damit eindrucksvoll begründete, stand laut Kolb auch „im Gegensatz zu Conzes politischem Weltbild“. Conzes Ideal sei der „Staat über den Parteien“ gewesen, der Begriff „Parteienstaat“ für ihn fast ein Schimpfwort. Da Conze den Bruch der Großen Koalition 1930 als Ausdruck eines von seinen Trägern selbstverschuldeten völligen Scheiterns des „Parteienstaats“ wertete, habe er Brüning's Versuch eines „Staates über den Parteien [...] nahezu uneingeschränkt“ gutgeheißen.

Kolb machte demgegenüber deutlich, weshalb er Brachers Buch „als subtile Analyse der Machtstruktur Weimar-Deutschlands“ für „bis heute unübertroffen“ halte: Die Studie versuche, die „Verantwortlichkeit einzelner Persönlichkeiten und gesellschaftlicher Gruppen“ genau zu bestimmen, schone „dabei nicht die Angehörigen der alten Eliten“ und lasse „die nationalsozialistische Machtergreifung als letztes Glied einer Entwicklung“ erscheinen, die „von greifbaren Machtgruppierungen und Machtendenzen gesteuert [...] und durch schwerwiegende Fehlhandlungen und Unterlassungen ermöglicht“ worden sei. Dazu gehörten nicht zuletzt die schon vor dem Scheitern der Großen Koalition einsetzenden „Aktivitäten zur Errichtung eines Präsidialregimes“. Diese seien dafür verantwortlich gewesen, dass 1930 der Versuch einer Regierungsneubildung auf parlamentarischer Basis „erst gar nicht mehr unternommen“ wurde.

Manfred Kittel schloss sich Kolbs Gesamturteil an. Die von Conze gegen Brachers Ansatz vorgebrachten methodischen Bedenken seien für einen Historiker seiner Generation „nur noch sehr partiell nachvollziehbar“. Conze sei es – ausweislich seiner HZ-Rezension von 1957 – sogar schon zu weit gegangen, dass Bracher sich so stark auf das Problem der „Machtverteilung“ konzentriert, dass er „die Faktoren der Machtbildung und die Veränderungen der Herrschafts- und Abhängigkeitsrelationen“ untersucht habe. Solche Begriffe, so Conzes Kritik, würden „von vornherein eine bestimmte Sicht des Untersuchungsgegenstandes formal“ präjudizieren und den Blick „für die Vielfalt des geschichtlichen Zusammenhangs“ erschweren. Kittel fand diesen Vorwurf ebenso unbegründet wie Waldemar Bessons seinerzeitiges Monitum, bei Bracher würden die historischen Akteure „unter der Wucht der Strukturen fast zerdrückt“¹. Ganz im Gegenteil vermittele „Die Auflösung der Weimarer Republik“ doch „jede Menge Anregungen“

¹ Waldemar Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959, S. 11 f.

für den bis heute aktuellen Prozess des Nachdenkens über mögliche politische Alternativen in der Endphase der Weimarer Republik.

Auch die von kulturalistischer Seite zuletzt vorgebrachte Kritik an einer Weimar-Forschung, die sich „immer noch“ in den von Karl Dietrich Bracher vor 50 Jahren vorgegebenen Kategorien bewege, vom Scheitern der Republik her denke und die parlamentarischen Funktionsdefizite zu sehr in den Mittelpunkt der Betrachtung rücke (Verfassungsmängel, mangelnde Kompromissbereitschaft der Parteien etc.) vermöge nicht zu überzeugen. Die in diesem Zusammenhang unternommenen Versuche, einer angeblich von einem „gewissen Finalismus“ geblendeten Politikgeschichte mit neuen Methoden auf die Sprünge zu helfen, hätten im Ganzen bislang wenig überzeugt, ja teilweise sogar ein seltsam verfremdetes, geradezu romantisches Bild von der rauen Wirklichkeit der Weimarer Politik gezeichnet und etwa die Deutschnationalen (als „stille Republikaner“) geradezu weichgespült.

Zu einem der zentralen Punkte der Bracher/Conze-Kontroverse: ob die Geschichte der Notverordnungsregime Brüning-Papen-Schleicher seit 1930 „schon in einem durchaus präzisen Sinne Vorgeschichte des ‚Dritten Reiches‘“ gewesen sei (so Bracher) oder der letzte Versuch einer „Rettung der Demokratie“ (so Conze), bemerkte Kittel: Für ihn liege die Wahrheit „irgendwo dazwischen“. Bei Brüning und seinen Nachfolgern sei es zwar um die Herstellung eines autoritären, gegebenenfalls auf das Militär gestützten Präsidialregimes gegangen, etwas „ganz Inakzeptablem“ also. Doch wäre dieses Inakzeptable im Vergleich zur Diktatur Hitlers „vermutlich doch auch etwas ziemlich Harmloses“ gewesen. In Brüning sehe er zwar keineswegs die letzte Chance, die Demokratie zu retten, aber doch die vielleicht letzte Chance zu verhindern, „dass der deutsche Eigenweg 1933 in einem Sonderweg ausmündete“, d. h. dafür zu sorgen, dass die deutsche Entwicklung wenigstens in jenen Bahnen blieb, die seit Mitte der 1920er Jahre von den baltischen Ländern über den Balkan bis hinunter zur Iberischen Halbinsel eine weit verbreitete Antwort auf die Staats- und Wirtschaftskrisen nach dem Ersten Weltkrieg waren. Für ihn, so Kittel, sei nicht etwa Brüning der Totengräber des alten Deutschland gewesen, sondern Hugenberg und der harte Kern der Rest-DNVP. Das werde einem auch bei der Lektüre von Wolfram Pytas neuer Hindenburg-Biographie² bewusst, die das tiefsitzende konfessionalistische Vorurteil Hugengeburs gegen den politischen Katholizismus im Allgemeinen, gegen Brüning im Besonderen, drastisch aufzeige. Auch daraus habe die Unmöglichkeit resultiert, in den Jahren 1930 bis 1932 eine Sammlung vom Zentrum bis zur DNVP zu erreichen, die wahrscheinlich das Ende der parlamentarischen Demokratie bedeutet hätte, aber gewiss nicht den Beginn eines Dritten Reiches.

Horst Möller betonte in der folgenden Diskussion die Ambivalenz der Regierungen Brüning. Der Zentrumskanzler habe einerseits „den Rechtsstaat retten“ wollen, andererseits habe er mit seiner Politik schon dicht „neben dem Abgrund“ gestanden. Eine wichtige Rolle habe dabei gespielt, dass es „eben auch die Wähler“ gebe, sprich: der Nationalsozialismus rasch zur Massenbewegung angeschwollen sei. Mit

² Vgl. Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.

Blick ausschließlich auf die gesellschaftlichen Eliten Weimar-Deutschlands könne man den Aufstieg der NSDAP jedenfalls nicht verstehen. Manfred Kittel stimmte dem zu und verwies auf die Conze zumindest teilweise bestätigenden Forschungsergebnisse eines der besten Kenner des Weimarer Parlamentarismus, Thomas Raitchel³. Gegen die lange dominierende Kritik am Bruch der Großen Koalition 1930 habe Raitchel herausgearbeitet, dass es zwischen 1928 und 1930 zu einer hochproblematischen „Verödung der parlamentarischen Alternativfunktion“ gekommen sei; insofern stelle sich die zentrale Frage, ob die allzu breite Regierung von der SPD bis zur DVP 1928 (zunächst als „Kabinetts der Köpfe“) „wirklich zwingend“ gewesen sei. Schließlich hätte 1928 auch eine kleine, um BVP oder Bayerischen Bauernbund erweiterte „Weimar Koalition“ über eine knappe Mehrheit verfügt.

Gerhard A. Ritter hob hervor, dass Conze Bracher falsch verstanden habe, wenn er ihm vorwarf, die Offenheit der politischen Situation in der Auflösungsphase der Republik zu verkennen. Tatsächlich sei die „Machtergreifung“ 1933 weder zwangsläufig gewesen noch ein bloßer Betriebsunfall: „Dazwischen schreiben wir Geschichte.“ Eberhard Kolb konkretisierte den Befund. Gerade für 1930 betone Bracher doch, dass ein Präsidialkabinetts nicht zwingend habe eingesetzt werden müssen – anders als Conze, der infolge des vollständigen Versagens der Parteien hier eine Zwangsläufigkeit sehe. Sich direkt an Bracher wendend sagte Kolb: „Wenn Sie die Hindenburg-Biografie Pytas schon gekannt hätten, hätten Sie damals [1955] noch ganz anders zuschlagen können.“ 1931 habe Reichspräsident Hindenburg eigentlich aufhören wollen; doch sei ihm schon vorher der Wunschnachfolger Admiral Scheer, dann auch der Herzog von Mecklenburg abhanden gekommen: „Hindenburg als Reichsverweser, der den Übergang zur Monarchie herstellen sollte, das ist offensichtlich sehr viel konkreter gedacht worden, als wir das lange wussten.“

Karl Dietrich Bracher wies ironisch darauf hin, jetzt ungefähr im selben Alter zu stehen wie seinerzeit Hindenburg, machte aber sehr deutlich, für wie wenig entscheidend er den Generalfeldmarschall nach wie vor halte. Gelesen habe dieser doch fast nur die preußische Felddienstordnung, im politischen Bereich dagegen „von Tuten und Blasen keine Ahnung“ gehabt. So seien es vor allem die „Umstände“ gewesen, die Hindenburg in seine fatale Rolle hineingezwungen hätten. Abschließend dankte Bracher in bewegenden Worten dem Institut für Zeitgeschichte, das für ihn in den 1950er Jahren die erste wissenschaftliche Einrichtung gewesen sei, „mit der ich etwas anfangen konnte“. Heute sei die Zeitgeschichte glücklicherweise so stark, dass sie „nicht mehr in die Knie gezwungen werden“ könne. Sie sei nach wie vor „von unschätzbarem Wert für die dringend nötige Aufklärung der Zeitgenossen“. An die Mitarbeiter des IfZ gewandt schloss Bracher: „Bleiben Sie weiter die Pioniere der Zeitgeschichte.“

Manfred Kittel

³ Vgl. Thomas Raitchel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005, S. 555 f.